



Edewecht, August 2023

Antrag der Gruppe CDU/Bündnis90/Die Grünen

Beschilderung der tonnenbegrenzten Gemeindestraßen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeindestraßen in Edewecht sind aufgrund der Moorbeschaffenheit des Untergrundes nicht dafür ausgelegt dauerhaft größere Gewichte von Fahrzeugen aufzunehmen. Die finanziellen Erfordernisse in der Gemeinde lassen einen entsprechenden Ausbau der Straßen nicht zu. Somit ist eine Beschränkung der Nutzung in Form einer Tonnenbegrenzung der Straßen erforderlich. Die Form dieser Beschränkung und die dabei erforderlichen Ausnahmen wurden bereits mehrfach in den Gremien des Gemeinderates diskutiert. Dabei wurden Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen, die eine individuelle Antragstellung eines jeden Nutzers (über der Tonnengrenze) erforderlich machen. Dies würde eine hohe wiederkehrende Bürokratie erforderlich machen, die wir gerne vermeiden würden.

Die Verwaltungsgebühren würde der Landkreis Ammerland erhalten und stünden somit für eine Sanierung von Gemeindestraßen nicht zur Verfügung. Die eingenommenen Gebühren sind dabei nur ein marginaler Beitrag möglicher Kosten.

Die Entwicklung der Maschinen im landwirtschaftlichen Bereich hat größere Dimension angenommen. Dabei haben Lenkachsen und Reifendimensionen dazu geführt, dass der Bodendruck gleichgeblieben und die Reibung abgenommen haben. Dem Gegenüber ist der Bodendruck bei gewerblichen Lastkraftwagen deutlich höher verbunden mit einer auch deutlich höheren Geschwindigkeit.

Nach Bewertung der o. a. Kriterien **schlägt die Gruppe CDU/Die Grünen vor, dass die tonnenbegrenzten Straßen in der Gemeinde Edewecht mit dem Zusatzschild 1026-36 StVO „land- und forwirtschaftlicher Verkehr frei“ versehen werden.** Dies würde den landwirtschaftlichen Verkehr privilegieren und für den gewerblichen Verkehr Genehmigungen erforderlich machen. Damit glauben wir die entsprechenden Straßen ausreichend zu schützen und die Bürokratie auf ein notwendiges Maß zu begrenzen.

Wir hoffen, dass die anderen Gruppen im Gemeinderat und auch die Verwaltung sich hinter diesem Vorschlag versammeln können.

i.V. Jürgen Kuhlmann